

**Berufsverband der niedergelassenen Chirurgen
Deutschland e.V. (Bundesverband der ANC)**

Geschäftsstelle:

Wulfsdorfer Weg 7

22359 Hamburg

Tel. 040 / 60 32 91 10, Fax 040 / 60 32 91 18

E-Mail: info@bncev.de, Homepage: www.bncev.de



FO
R
S
C
H
N
B

25. Oktober 2006

Verantwortlich für den Gesamthalt des SPOT: Dr. Dieter Haack
Texte / Redaktion: Dr. Dieter Haack, Rosemarie Plassmann

Bericht vom außerordentlichen Deutschen Ärztetag am 24.10.06 in Berlin

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unsere Existenz als niedergelassene und freiberuflich tätige Fachärzte ist hochgradig wegen dem vor der Tür stehenden GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz gefährdet. Nicht nur deshalb hatte die Bundesärztekammer (BÄK) einen außerordentlichen Deutschen Ärztetag einberufen, der am 24.10. im Palais unter dem Funkturm in Berlin stattfand.

Anwesend waren die Delegierten der BÄK und der KBV mit Rederecht, sowie Vertreter der großen Parteien (Zöller CDU, Ferner SPD, Westerwelle FDP, Dr. Bunge Die LINKE und Künast Bündnis 90/DIE GRÜNEN). Außerdem waren Vertreter der großen Verbände anwesend, Zollner (Allianz Deutscher Ärzteverbände), Kötzle (Hausarztverband), Montgomery (Marburger Bund), Rothe (Bündnis Gesundheit 2000), Boltz (Patientenvertreter) und Prof. Klusen (Techniker Krankenkasse)

Zuerst referierte Prof. Hoppe, Präsident der BÄK, in einer mit stehenden Ovationen bedachten Rede über das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz mit seinen vielen Nachteilen und schädlichen Folgen für Patienten und Ärzte. 80 Prozent der Bevölkerung sei dagegen und fast alle Leistungserbringer! Trotzdem bestünde bei den Politikern eine erhebliche „Arroganz der Macht“, da sie sich von all den Änderungswünschen und Ablehnungen nicht beeinflussen ließen. Die Politiker würden unbeirrt ihren Weg gehen und es sei nur eine kleine Gruppe von Insidern, die entscheiden würde. Die große Mehrheit der abstimmenden Parlamentarier wüsste überhaupt noch nicht, was im Gesetz steht und würde im Rahmen der Parteiräson so abstimmen, wie es ihnen von der Parteiführung vorgeschrieben würde. Das ist das Verständnis unserer Politiker von Demokratie!

Hoppe führte weiter aus, der Weg in die Staatsmedizin sei vorgezeichnet, die Politiker würden an den Menschen vorbeiregieren. In der Zukunft gäbe es eine zentralistisch gesteuerte Zuteilungsmedizin, keine Therapiefreiheit mehr (Zweitmeinung bei hochpreisigen Medikamenten!) und die freie Arztwahl werde durch verschiedene Mechanismen massiv eingeschränkt.

BNC-SPOT



Seite 2 zum SPOT vom 25. Oktober 2006

Prof. Hoppes Rede gipfelte in der Aussage: **Die Reform schafft keine Probleme, sie ist das Problem!**

Für uns Ärzte ist besonders schlimm, dass die von der Politik im Eckpunktepapier versprochene feste Euro-Vergütung auf die lange Bank geschoben wurde, bei weiterhin vorgesehenen Budgetierungen und Abstufungen und schon längst bestehender Unterfinanzierung.

Anschließend kamen die oben aufgeführten Politiker zu Wort, wobei auf mich den schlechtesten Eindruck, weil inkompetent, Frau Ferner von der SPD machte: Keine Aussage, viel Gerede, aber ohne klare Perspektiven.

Westerwelle konnte aus der Opposition heraus vieles in unserem Sinne darstellen, ob er dies aber in Regierungsverantwortung auch so vertreten würde, da bin ich mir keineswegs sicher. (Traue keinem Politiker mehr!)

Ein Statement von Frau Dr. Bunge ließ aufhorchen: Sie habe als Vorsitzende des Gesundheitsausschusses bisher noch kein einziges geschriebenes Wort zum GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz erhalten, obwohl am kommenden Tag die Abstimmung im Bundeskabinett vorgesehen sei und es bereits am kommenden Freitag im Bundestag eingebracht werden solle.

Renate Künast warf der Regierung vor, dass sie über 4 Milliarden an Zuschüssen für das Gesundheitssystem gestrichen hätte, eine Erhöhung der Mehrwertsteuer beschlossen habe und ein bürokratisches Monster, genannt Gesundheitsfonds, schaffen würde.

Zu guter letzt ergriff noch Köhler (KBV-Vorsitzender) das Wort und führte einige wesentliche Punkte nochmals aus. Aufhorchen konnte man bei seiner Bemerkung, dass die KBV und die KVen sich der Umsetzung dieses Gesetzes verweigern würden, auch mit dem Risiko der Auflösung. Die KBV würde dieses Gesetz nur umsetzen, wenn eine Vertragsgebührenordnung mit festen Geldwerten eingeführt würde.

Nach meiner Meinung führt dieses Gesetz über kurz oder lang zwangsläufig zu einer finanziellen Ausblutung der KVen, da zahlreiche Sondervertragsformen den Krankenkassen die Möglichkeit geben, mit Arztgruppen (z.B. hausarztzentrierte Versorgung) Verträge abzuschließen und dafür die KV-Mittel zu bereinigen.

Als Fazit dieses Tages konnte man folgendes mit nach Hause nehmen: **Dieses Gesetz muss mit aller Macht verhindert werden!** Es führt uns in die Staatsmedizin. Und dabei würde das neue System keineswegs billiger sein, sondern eher viel teurer. Und die Schuld daran werden dann wieder die Ärzte tragen, wie so oft in der Vergangenheit, wenn uns vorgeworfen wurde, dass wir an der Kostenexplosion, die nie stattfand, Schuld seien.

Wir werden uns, wenn dieses Gesetz so kommen sollte, entscheiden müssen, ob wir in den KVen bleiben oder eigenständig Verträge mit den Krankenkassen abschließen. Hierfür müssen wir gewappnet sein und hieran arbeiten wir bereits.

An einem solchen Tag bin ich dann doch richtig froh, dass unser BNC nur die niedergelassenen Chirurgen vertritt. Stellen Sie sich vor, wir hätten Krankenhausärzte in unserem Verband, die nach dem Vertragsarztrechtsänderungsgesetz die Öffnung der Krankenhäuser für die ambulante Versorgung einfordern, den kompletten Einstieg ins ambulante Operieren, die Schaffung von MVZ an ihren Krankenhäusern sowie die Möglichkeit der Teilzeittätigkeit als Krankenhausarzt in der ambulanten Praxis. Wie soll man zu all den politisch verursachten Problemen auch noch diesen Spagat meistern?

Ihr Dieter Haack